

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Verlag: Rieser Verlag  
Rieser Nr. 24

Verlag: Rieser Verlag  
Rieser Nr. 24

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Ortha.

Nr. 247.

Dienstag, 22. Oktober 1918. abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Ledger frei Haus oder bei Abholung am Ort des Bestellers. Postanfragen werden schriftlich beantwortet. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Nummer für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundchrift-Beile (7 Zeilen) 80 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachdruck- und Vertriebsgebühren 20 Pf. Jede Karte, dem Verleger zugesandt, wird durch Klage eingezogen und über die Klagekosten der Verleger in Rechnung gestellt. Zahlungen und Bestellungen: Riesa. Mehrzahlige Anzeigenbestellungen, Gedächtnis an der Wiege. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Sauer & Wintertich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Wahlenbetrieb von Eduard Schmidt in Bobbitz wird hiermit gemäß § 71 der Reichsvereinsordnung für die Jahre 1918 bis 20. Mai 1918 bis auf weiteres geschlossen. Großhain, am 10. Oktober 1918. Der Kommunalverband.

### Mitgliederbeschlagnahme.

Auf Grund neuerer Vorschriften der Reichsliste für Schubverfolgung wird im Anschluß an die Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 5. Oktober 1918 — 224 b K — wegen der nach § 3 erforderlichen Meldungen noch folgendes bestimmt:

1. Name bzw. Firma und Wohnort (mit Angabe der Straße und Hausnummer) des Meldepflichtigen.
2. Angabe der Mitgliederlisten, bei getragenen Schubwert und Mitglieder unter Bezeichnung des Gewichts, bei gebrauchten fertigen Waren unter besonderer Bezeichnung der einzelnen Gegenstände.

3. von Meldepflichtigen, die die Mitgliederlisten zum Zwecke der Weiterveräußerung erworben haben, die Erwerbspreise, im übrigen die beschlagnahmten Verkauftspreise.
4. Ingeordnet der beschlagnahmten Sachen (unter Angabe der Straße und Hausnummer).
5. gegebenenfalls besonders begründete Antragstellung, falls bestimmte beschlagnahmte Sachen aus besonderen wirtschaftlichen Gründen von der Ablieferung und Enteignung ausgenommen werden sollen.

Großhain, am 19. Oktober 1918. Der Kommunalverband.

Herr Graf Hermann Maria, Wirtschaftsbefehliger in Riesa, ist heute als Gerichtsschöffe für Riesa verpflichtet worden. Riesa, den 21. Oktober 1918. Königlich-Amtsgericht.

### Deutschlands Antwort an Wilson.

Berlin, 21. Oktober. (Amtlich.) Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. M. lautet wie folgt: Die deutsche Antwort ist bei der Annahme des Vorschlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verhältnis bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Räumungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verkürzen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung aufstellen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Annahme eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungeschicklicher und unemphatischer Verhandlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Berichtigungen werden zur Ordnung eines Nachtrages immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet, das Privatvermögen zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung beharrt auch, daß die deutsche Marine der Verletzung von Schiffen Rettungsboote nicht ihren Entschluß absichtlich vernichtet hat.

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufzuklären zu lassen.

Um alles zu verstehen, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen auszuschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Niederlage erreicht. Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortete die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volkswortführer ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen Volkswortführer hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern.

Auch künftig kann keine Regierung für Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerwiderlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, wie weit er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unabweislich dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der übermächtigen Mehrheit des deutschen Volkes. Berlin, den 20. Oktober 1918. Gen. Volk, Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Die eingehende Beratung, die wiederholte Ueberarbeitung und die Mitwirkung aller verantwortlichen Stellen hat die Güte der zweiten deutschen Antwort an Wilson nicht im mindesten beeinträchtigt. Sie ist in ihrer knappen würdigen Form der Zurückweisung gedächtniswürdiger Verleumdungen unserer Beherrschung, in der bestimmten und eindeutigen Darlegung unserer militärischen Lageverhältnisse, in dem gleichzeitigen Angebot des Waffenstillstands, in dem neuen Dokument für den ewigen Friedenswillen der deutschen Reichsleitung, der mit Unterwürfigkeit nichts gemein hat.

Der Ton der letzten amerikanischen Note machte fast

noch mehr als ihr Inhalt eine deutsche Antwort schwierig, die alle Verhandlungsmöglichkeiten offen lassen wollte. Hier hat sich offensichtlich die deutsche Reichsregierung besondere Zurückhaltung anerkannt. In ruhiger schlichter Weise werden die notwendigen Verdächtigungen gegen die deutsche Wehrmacht zu Wasser und zu Lande entkräftet zurückgewiesen, zu deren Vermeidung sich Präsident Wilson herabgelassen hatte. Das gute Gewissen des deutschen Volkes, das in seinen ruhmvollen Truppen zu Wasser und zu Lande ja nur einen Teil seiner selbst enthält, schließt es vor derartigen feindseligen Anwürfen. Um in diesem dem ja schon unterrichteten Präsidenten der Vereinigten Staaten eine einwandfreie Feststellung der objektiven Wahrheit zu ermöglichen, wird ihm vorgeschlagen, den mittlichen Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen. Es gibt keinen überzeugenderen Beweis für die Gerechtigkeit der feindseligen Verdächtigungen als dieses Angebot.

Die militärischen Zusammenhänge, welche die neue Note enthält, sind so klar formuliert, daß sich neue Mißverständnisse erheben dürften. Das Räumungsangebot und die Waffenstillstandsbedingungen sind von vornherein als Angelegenheiten angesehen worden, die der Beurteilung militärischer Ratgeber vorbehalten bleiben müssen, und an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses an den Fronten hat auch die deutsche Regierung ein Interesse. Die Vorschläge unverantwortlicher feindseliger Politiker und Kriegsbekämpfer, welche die deutsche Wehrmacht als Vorbedingung eines Waffenstillstandes hinauszulassen, würden dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis nicht im mindesten gerecht werden. Die deutschen Truppen sind keineswegs geflohen, sondern ziehen sich in Ordnung und ungebrochenem Widerstandes vor einem überlegenen Feinde zurück. Das wird in den Waffenstillstandsverhandlungen gerichtsweise zum Ausdruck kommen müssen. Präsident Wilson soll jetzt eine Gelegenheit schaffen, die militärischen Einzelheiten zu regeln. Nur die eine Bedingung wird daran gefestigt, daß Wilson keine Forderung aufstellen werde, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Annahme eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Ein neues großes Entgegenkommen in der zweiten deutschen Antwort bedeutet zweifellos die Mitteilung der deutschen Regierung, daß auf ihre Veranlassung die weitere Torpedierung von Passagierschiffen verhindert wird. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, daß die Wehrheitspartei, die die neue Regierung gebildet haben, feinerseitig dem ungeschwächten Widerstand nur widerstrebend und unter dem Druck einer starken Agitation zugestimmt haben. Ihre damaligen Behauptungen, daß durch diesen Verzicht, den sie nicht verweigern konnten, die gesamte Kriegslage zugunsten der Feinde verschoben werden könnte, haben sich leider vollumfänglich bestätigt. Wenn jetzt der unbeschränkte Ubootkrieg auch noch zu einem ersten Hindernis des Friedens werden soll, so ist es nur verständlich, daß die neue Reichsregierung entschlossen ist, dieses Hindernis als bald aus dem Wege zu räumen.

Besonders ausführlich wird die deutsche Antwort bei der Darlegung der politischen Neuordnung im Innern des Deutschen Reiches. Das erklärt sich daraus, daß Wilson auf diesen Punkt das Hauptgewicht gelegt und ihm fundamentale Bedeutung gegeben hatte. Aber die deutsche Regierung beschränkt sich nicht auf die Aufzählung der bereits auf dem Wege befindlichen Verfassungsänderungen. Sie stellt auch in knappen Umrissen die alten bisherigen innerpolitischen Zustände dar. Damit soll wohl dem Präsidenten die Würdigung des Reuegeschickens erleichtert und überhaupt eine Aufklärung über die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland gegeben werden, die er wahrscheinlich noch nicht besitzt. Außerdem wird ganz besonders die Dauer des neuen Systems betont, die nicht nur durch die gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch durch den einseitigen Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes gewährleistet ist. Das Ergebnis dieser Feststellungen und Behauptungen wird darin klar und unabweislich zusammengefaßt, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der übermächtigen Mehrheit des deutschen Volkes. Man sollte annehmen, daß nunmehr keine Mißverständnisse über diese für Wilson „grundlegende Bedingung“ für den Frieden mehr notwendig seien.

Alles in allem legt diese zweite Antwort der deutschen Regierung so bestimmt und eindeutig den ewigen und festen Willen in einem Frieden der Gerechtigkeit und der Dauer dar, daß der Präsident der Vereinigten Staaten jetzt sicher klar sehen kann, wenn er nur will. Es muß sich nun bald zeigen, ob er selbst noch heute vom ewigen Willen der Annahme eines Rechtensfriedens erfüllt ist und ob er die Macht hat, den gegenseitigen Bestrebungen seiner Bundesgenossen Einhalt zu gebieten. Die deutsche Regierung und das zu ihr stehende deutsche Volk warten diese

Entscheidung in Ruhe und Ruheverfichtlichkeit, gestützt auf die noch immer ungedrohte Kraft der Fronten drinnen und draußen ab.

### Berliner Professoren zur deutschen Antwortnote an Wilson.

Berlin. In den zeitigen Abendblättern wird der förmliche und sachliche Ton der deutschen Antwortnote, sowie das weitgehende Entgegenkommen der deutschen Regierung besonders hervorgehoben. Die rechtsstehende Presse läßt es gerade deshalb nicht an scharfen Anwürfen fehlen.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ sagt: Der ganzen Antwortnote fehlt die zwingende Folgerichtigkeit, und das ist das verhängnisvollste einem Manne gegenüber, der mit solcher Selbstbewußtheit Deutschlands Niederzwingung betreibt. Man hofft, Herrn Wilson durch Verbargungen und Entgegenkommen milde zu stimmen und macht dadurch im Innern den Eindruck eines zusammenbrechenden Volkes. Aber niemals gelangt hat, diese Regierung werde zum Mittelpunkt der nationalen Verteidigung werden können, der steht bei der letzten Antwortnote am Ende seiner irdischen Hoffnungen. Es wird Zeit, daß das deutsche Volk erwacht. — In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ heißt es: Die deutsche Antwort an Wilson ist eine glatte Annahme seiner Bedingungen. Ein weiteres Entgegenkommen muß bei unseren Feinden den Eindruck erwecken, als ob wir schon am Ende unserer Widerstandskraft angelangt sind. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Bei weitem am einschneidendsten in der deutschen Note ist die Einschränkung des Ubootkrieges. Die deutschen U-Bootskommandanten werden sich gegenüber diesem Uebertreten der Regierung in einer unumgänglichen Lage sehen. Der U-Bootskrieg wird aller Voraussicht nach durch dieses Zugeständnis und dessen ohne Zweifel schrankenlosen Mißbrauch unwirksam gemacht. — Die „Kreuzzeitung“ nimmt in ihrer gestrigen Abendausgabe sachlich noch nicht Stellung zur Note; die äußere Form nennt sie im ganzen nur vorübergehend. — Die „Germania“ führt aus: Wie für die Wahrung der deutschen Ehre, so hat die deutsche Reichsregierung in ihrer neuen Note auch für den Frieden selbst nichts unterlassen, was in ihren Kräften lag. Willkürlich muß gerade Herr Wilson das neue weitgehende Entgegenkommen Deutschlands befehlen, wenn er überhaupt befehlen werden kann. Nun ist es an der Gegenseite, endlich zu zeigen, daß sie ebenfalls entschlossen ist, das letzte Hindernis des Friedens zu tun. — Die „Berliner Morgenpost“ erklärt: Der Weg zu einem Frieden der Gerechtigkeit ist frei; wir Wilson seinen Worten die Tat folgen lassen, so ist seine Behauptung frei. Will er nicht, will er ein starkes und trotz allen Rückschlüssen noch mächtiges Volk demütigen und entehren, dann hat er seine Mission verfehlt und seiner Charakterstärke viel zugetraut. — Die „Post“ schreibt: Auf militärischem Gebiete hat die deutsche Regierung alle erforderlichen Voraussetzungen geschaffen, die eine eifrige Friedensabhandlung ermöglichen. Sie hat ferner über das Maß hinaus, was von einem unabhängigen Volk überhaupt gefordert werden dürfte, Nachsicht darüber gegeben, daß auch die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands den Anschauungen Wilsons vollkommen entsprechen. — Die „Volkszeitung“ schreibt: Nur wenn Wilson in mutwilligster Weise den Kriegsanstiftern und Imperialisten sein Ohr leihet, wenn er seine Ideen über seinen Erfolg vergrät, kann er auf dieses Dokument hin eine ablehnende Antwort geben. An der Volksregierung ist es dann, die große und schwere Arbeit der Erhaltung der nationalen Verteidigung zu leisten. — Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Der Eindruck, den die Form und der Inhalt der deutschen Note an Wilson im Reichstag hervorgerufen hat, kann als günstig bezeichnet werden. Hervorgehoben wurde insbesondere die Ehrlichkeit eines deutschen Friedenswillens, die zum Ausdruck kommt. Man hofft, daß die Diskussion über den Frieden fortgesetzt wird und daß Wilson nunmehr die Gelegenheit wahrnehmen werde, der Welt den von ihm propagierten Rechtsfrieden zu bringen. Im „Vorwärts“ liest man: Aus der deutschen Antwort an Wilson spricht ein völlig veränderter Welt. Das gleichgeblieben ist, ist nur der Wille zur nationalen Selbstbehaltung, d. h. aber jetzt nicht mehr zur Selbstbehaltung regierender veralteter Staatsinstitutionen, sondern zur Erhaltung des deutschen Volkes selbst. Wenn es den Gegnern ernst ist mit dem Frieden der Demokratie und der unparteilichen Gerechtigkeit, so liegt ein Weg vor ihnen offen, auf dem kein Hindernis mehr zu überwinden ist.

Eine neutrale Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse im Rückgangsbereich. Die „M.Z.“ meldet aus Berlin: Zur Untersuchung der Wahrheit der Beschuldigungen über angeblich zweifelhafte Verwundungen und Behauptungen bei dem Rückzug der deutschen Truppen hat sich eine neutrale Kommission, bestehend aus den in Drüßel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten, an die Front begeben. Der Chef der politischen Abteilung in Drüßel, Oberleutnant Freiherr von der Guden, hat die Führung der Kommission übernommen. — Die neutrale Kommission zur